

DIE LINKE. Ratsgruppe Bottrop
Brauerstraße 41
46236 Bottrop

Niels Holger Schmidt
Sprecher der Ratsgruppe

Sven Hermens
Ratsherr
Bezirksvertreter Süd

www.dielinke-bottrop.de

Bottrop, den 12.12.2023

Antrag zu TOP 1 der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 12.12.2023 “Einführung einer Verpackungssteuer”

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

DIE LINKE. im Rat der Stadt beantragt zur Anregung nach §24 GO NRW das folgende Vorgehen:

1. Die Anregung wird zurückgewiesen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den örtlichen Gastronomen in Gespräche einzutreten, die zum Ziel haben, herauszustellen, wie das Nutzen von Mehrwegverpackungen in Bottrop für alle Beteiligten deutlich attraktiver gestaltet werden kann. Ebenso sollen die Gastronomen nach ihrer Einschätzung der Verpackungssteuer und ihren Wünschen für eine eventuelle Einführung in Bottrop gefragt werden.
3. Sofern das Bundesverfassungsgericht die Tübinger Verpackungssteuer als zulässig erklärt, nimmt die Verwaltung Gespräche mit den anderen RVR-Kommunen auf, um ein möglichst einheitliches Vorgehen abzusprechen und legt im Anschluss dem Rat und den zuständigen Ausschüssen die Ergebnisse aus beiden o.g. Prozessen zur weiteren Beratung vor.
4. Unabhängig vom Ausgang des Urteils arbeitet die Verwaltung Vorschläge zur Attraktivitätssteigerung von Mehrwegverpackungen auf Grundlage der Gespräche unter 2. aus und legt sie den Gremien zur Beratung vor.

Begründung:

Bevor nicht ein Urteil des Verfassungsgerichts über die Rechtmäßigkeit dieser Steuer vorliegt, sollte Bottrop hier nicht aktiv werden. Unabhängig von diesem Urteil ist die Nutzung von Mehrweg in Bottrop zu unattraktiv und zu wenig unter den Verbrauchern verbreitet. Dazu sollen in Kooperation mit den betroffenen Anbietern sinnvolle Maßnahmen ausgearbeitet werden, die die Nutzung von Mehrweg in Bottrop komfortabler und präsenter machen sollen.

Sollte das Urteil zugunsten der Verpackungssteuer ausfallen, können auch in Bottrop Überlegungen dazu beginnen. Die Einführung so einer Steuer erfordert viel Vorbereitung. Es muss zunächst Einigkeit über den Anspruch an diese Steuer entstehen, ob sie Geld einbringen soll oder ob sie kostendeckend arbeiten und hauptsächlich eine lenkende Wirkung beim Einweg-Verbrauch haben sollte. Den Tübinger Erfahrungen nach wird sie eher nur kostendeckend arbeiten können. Es bedarf frühzeitiger Einbindung der betroffenen Gastronomen, gerade in Bezug auf die praktische Umsetzung. Ebenso frühzeitig muss eine gute öffentliche Kommunikation mit den Verbrauchern erfolgen, die klare Vorteile der Nutzung von Mehrweg in Bottrop skizzieren können muss, statt nur den Hintergrund einer zusätzlichen Steuer zu erklären. Diese Vorteile von Mehrweg gilt es, vor der Einführung der Steuer herzustellen.

Letztlich bleibt auch festzustellen, dass angesichts der derzeitigen Inflation und wachsender Armut eine zusätzliche Steuer für den Endverbraucher zum jetzigen Zeitpunkt zurecht mit Unverständnis aufgefasst werden würde. Es sind viel eher die herstellenden Verpackungsunternehmen, die durch Bund und EU stärker in die Pflicht genommen werden müssten. Eine Verpackungssteuer sollte erst eingeführt werden, wenn sich zum einen die wirtschaftliche Lage der Verbraucher wieder bessert, sie also vor horrenden Energie-, Lebensmittel- und Mietpreisen besser als derzeit geschützt sind und zum anderen die möglichen Maßnahmen, die Verpackungshersteller in die Verantwortung zu nehmen und die Mehrweg-Verpackungen in ihrer Attraktivität zu verbessern, erschöpft sind.

Niels Holger Schmidt
Ratsherr

Sven Hermens
Ratsherr